# Landtag Nordrhein-Westfalen

15. Wahlperiode



# Ausschussprotokoll APr 15/260

13.07.2011

## Rechtsausschuss

## 15. Sitzung (öffentlich)

13. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 14:25 Uhr

14:45 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Protokoll: Niemeyer

#### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

#### **Aktuelle Viertelstunde**

5

hier: **Misshandlungen an der Justizvollzugsschule** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP; s. Anlagen 1 und 2)

Bericht des Justizministers

Diskussion

1 Beschluss des Rechtsausschusses nach § 6 der Verschlusssachenordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen (s. Anlage)

38

(s. dazu auch APr 15/235)

Diskussion

Die Fraktionen von CDU und FDP verzichten auf die Benennung jeweils einer zur Einsichtnahme berechtigten Person.

Rechtsausschuss 15. Sitzung (öffentlich) 13.07.2011

nie

Die Fraktion der SPD benennt Sven Wolf, die der GRÜNEN Matthi Bolte und die der LINKEN Anna Conrads.

Dagegen erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

# 2 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

41

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1312

abschließende Beratung und Abstimmung –

(s. a. APr 15/228 – Anhörung von Sachverständigen in öffentlicher Sitzung)

Gegen den an den Vorsitzenden herangetragenen und von diesem verkündeten Wunsch, die abschließende Beratung und Abstimmung auf die Sitzung des Ausschusses am 21. September zu vertagen, erhebt sich kein Widerspruch.

3 Erprobung und Einbau sogenannter Mobilfunkblocker in NRW-Justizvollzugsanstalten (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage)

42

Bericht des Justizministers

Diskussion

4 Aus Sicherungsverwahrung entlassener Sexualstraftäter bezieht Hotelzimmer in der Nähe von Schule und Kindergarten (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage)

45

Vorlage 15/696

(keine mündliche Behandlung)

5 Juristen fordern Sonderdezernate für Straftaten gegen pflegebedürftige Menschen (TOP beantragt von der Fraktion der FDP; s. Anlage)

46

Bericht des Justizministers

Diskussion

Lan	dtag Nordrhein-Westfalen - 3 - APr	15/260
	htsausschuss 13.0 Sitzung (öffentlich)	7.2011 nie
6	Panne am Landgericht Aachen: Brutaler Macheten-Täter entwisch (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage)	t! 49
	Vorlage 15/747	
	Diskussion	
7	Ermittlungen gegen Richter des Amtsgerichts Solingen (TO beantragt von der Fraktion der CDU; s. Anlage)	P <b>51</b>
	Vorlage 15/748	
	(keine mündliche Behandlung)	
8	Zukünftige Unterbringungsorte für sicherungsverwahrte Straftäter (TOP beantragt von der Fraktion der CDU)	52
	Bericht des Justizministers	
9	"Fall Monika H." – Gewaltvorwürfe gegen Polizei, Ermittlungen de Staatsanwaltschaft (TOP beantragt von der Fraktion DIE LINKE; stanlage)	
	Bericht des Justizministers Diskussion	
10	<b>Justizzentren Gelsenkirchen und Herne</b> (TOP beantragt von Justizminister; s. Anlage)	m <b>60</b>
	Bericht des Justizministers	
11	Verschiedenes	62
	<ul><li>a) Verlegung des Sitzungstermins 9. November 2011 auf den</li><li>8. November 2011, 14 Uhr</li></ul>	
	Gegen die vom Vorsitzenden vorgeschlagene und in der Obleuterunde vereinbarte Verlegung des Sitzungstermins 9. November 2011 auf den 8. November 2011, 14 Uhr, wegen der am 9. November stattfindenden Justizmi-	

Rechtsausschuss 15. Sitzung (öffentlich) 13.07.2011

nisterkonferenz erhebt sich aus dem Ausschuss kein Widerspruch.

# b) Protokollauszug

62

nie

Gegen den Wunsch des Vorsitzenden, von der Aktuellen Viertelstunde einen vor Fertigstellung des Gesamtprotokolls zu verteilenden Protokollauszug erstellen zu lassen, erhebt sich kein Widerspruch.

\* \* \*

Rechtsausschuss 15. Sitzung (öffentlich) 13.07.2011

nie

## 2 Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/1312

abschließende Beratung und Abstimmung –

(s. a. APr 15/228 – Anhörung von Sachverständigen in öffentlicher Sitzung)

(vom Plenum am 25. Februar 2011 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss überwiesen)

**Vorsitzender Dr. Robert Orth** teilt mit, der federführende Innenausschuss berate nicht morgen, sondern erst am 22. September abschließend. Der Rechtsausschuss könnte sein Votum aufgrund dessen auch noch in seiner Sitzung am 21. September abgeben.

Gegen den an den Vorsitzenden herangetragenen und von diesem verkündeten Wunsch, die abschließende Beratung und Abstimmung auf die Sitzung des Ausschusses am 21. September zu vertagen, erhebt sich kein Widerspruch.